



## **Kesslers Erfolg**

Erwin Kessler, seit 1989 umtriebiger Präsident des von ihm gegründeten Vereins gegen Tierfabriken (VGT), hat angekündigt, sich ab dem 16. Juni aus der «aktiven Tierschutzarbeit» zurückziehen zu wollen, weil «gegen Dummheit, Trägheit und globalisierten Egoismus selbst Götter vergebens kämpfen». Der von einem Teil seiner Anhängerschaft tatsächlich fast wie ein Gott verehrte Kessler gibt als Grund für seinen vorläufigen Abgang den Frust über die stockende Unterschriften-sammlung für seine «Volksinitiative gegen das betäubungslose Schächten» an, für die erst etwa die Hälfte der Unterschriften zustande gekommen sei, obwohl die neuste Ausgabe seiner «VGT-Nachrichten» in alle Briefkästen der deutschen Schweiz gestopft worden war. «Dieser unerwartete Misserfolg hat im VgT eine Krise ausgelöst.»

Warum, ist nicht nachvollziehbar. Erstens hat Kessler noch 13 weitere Monate Zeit, bis zum Ablauf der Frist am 26.9.03 den Rest der Unterschriften für eine Initiative zu sammeln, die auch noch das Schächten der Hühner und jeglichen Import von Schächtfleisch verbieten will. Zweitens sind 50 000 erhaltene antisemitische Unterschriften innert dreier Monate ein erschreckendes Zeitzeichen für die Saat der antijüdischen Eiferer (Kessler redet nur

von den «Schächtjuden»). Drittens hat Kessler bereits ein wichtiges Ziel erreicht, weshalb er wohl seine Unterschriftensammlung einschlafen lässt: Bundesrat Couchepin hat am 13. März beschlossen, im neuen Tierschutzgesetz die ursprünglich vorgesehene Lockerung des Schächtverbotes «im Interesse des konfessionellen Friedens» fallen zu lassen. Damit bleibt das antisemitische Schächtverbot, das in krasser Weise gegen die Religionsfreiheit verstösst, auch in diesem Jahrhundert unserer Verfassung erhalten.

Derweil driftet Kessler immer mehr ins radikale antisemitische Lager ab. Weil sich Basel-Stadt neben Zürich als einer der wenigen Kantone für die Aufhebung des Schächtverbotes ausgesprochen hat, wird Basel als «Judenhochburg» bezeichnet. Weil Regierungsrätin Verena Diener in Zürich «die Federführung bei dieser Tat hatte», wird ihr der gnadenlose Kampf bei den nächsten Wahlen angedroht: «Barbaren gehören nicht in die Regierung!» Die Homepage des VgT beschäftigt sich kaum mehr mit Tierquälereien, sondern fast nur noch mit den «Schächtjuden». Im Übrigen bleibt hier nachzutragen, dass sich die Grünen in dieser Frage weitaus mutiger verhalten haben als die SP, die sich gegen die Aufhebung des Schächtverbotes vernehmen lassen liess. (pw)